

PRESSEMITTEILUNG #231 - 14.10.2024

**Serpil Midyatli und Martin Habersaat**

## **Wenig, spät und falsch platziert**

Sozialministerin Touré und Bildungsministerin Prien haben heute ihr Konzept zur Neugestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule vorgestellt. Herzstück ist die schrittweise Einführung von Sprachscreenings für Viereinhalbjährige. Dazu sagen die SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli und Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

**Serpil Midyatli:**

„Für ein zentrales Vorhaben dieser Landesregierung sind die beiden Ministerinnen reichlich spät unterwegs, legen reichlich wenig vor und konzentrieren sich auf die falschen Schwerpunkte. Immerhin: Sozialministerin und Bildungsministerin scheinen an ihrem Konflikt zu arbeiten und treten gemeinsam in einer Pressekonferenz auf. Überzeugend ist das alles nicht. Die Landesregierung will bei den Kita-Personalkosten künftig einen zweistelligen Millionenbetrag sparen. Den Schulen sollen Lehrkräfte gestrichen werden. Wie das die Qualität steigern soll, bleibt ein Rätsel. Dabei wären Qualitätssteigerungen im Bildungsbereich gerade bei den Jüngsten dringend erforderlich. Es ist katastrophal, was Schleswig-Holstein bei den letzten Bildungsstudien an Abstürzen zu verzeichnen hatte. Bis zu 50 von über 1.800 Kitas im Land sollen Perspektivkitas werden. An 7-10 dieser Kitas soll es mit dem Screening von Viereinhalbjährigen losgehen. Sieben von 1850 sind knapp 0,4 Prozent. In Hamburg findet dieses Screening seit 20 Jahren statt und ist ein Grundpfeiler für die Erfolge Hamburgs bei der Chancengerechtigkeit junger Menschen. In Schleswig-Holstein fühlt sich die Regierung schon mutig, wenn sie das Ziel 2028/29 anpeilt. Das ist traurig.“

**Martin Habersaat:**

„Große Probleme bei der Schulfähigkeit sehen wir bei Kindern, die keine Kita besuchen. Das sind etwa zehn Prozent aller Kinder. Rheinland-Pfalz hat sich deshalb dafür entschieden, das Screening von Viereinhalbjährigen auf genau diese Kinder zu konzentrieren. In Schleswig-Holstein wollen CDU und Grüne gerade diese Kinder erst einmal unberücksichtigt lassen – eine bildungspolitische Katastrophe. Das Ziel von guten Startbedingungen für alle in der Grundschule wird so jedenfalls nicht erreicht. Die Folge kann man heute sehen, wenn ein Viertel aller Kinder am Ende der Grundschulzeit nicht die basalen Kompetenzen erreicht hat, die gebraucht würden. Wichtig ist auch die Verbindlichkeit der Fördermaßnahmen. Freiwilligkeit, wie von den beiden Ministerinnen zunächst vorgesehen, reicht nicht. Es wäre wichtig, die Kinder und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen. Und es wäre möglich, die Erfahrungen in anderen Bundesländern für die Beschleunigung des eigenen Vorgehens zu nutzen. Momentan stehen im Mittelpunkt noch zu sehr Haushaltszwänge und Verwaltungshürden zwischen drei Ministerien, die für den Übergang von der Kita in die Grundschule zuständig sind (für die Schuleingangsuntersuchungen ist in Schleswig-Holstein das Justiz- und Gesundheitsministerium verantwortlich).“